

Im Bann des „Islamischen Staates“

Die Terrormiliz findet in Südasiens ersten Widerhall, vor allem in Pakistan

Ronald Meinardus | **Der Anführer des „Islamischen Staates“, Abu Bakr al-Bagdadi, droht Indien: Das Land unterdrücke Muslime und gehöre zum Territorium seines „Kalifats“. Indiens Muslime zeigen sich davon unbeeindruckt. In Pakistan und bei Al-Kaida finden sich dagegen erste Anzeichen, dass der IS seinen Einfluss in Südasiens ausbauen will.**

Die Eroberungszüge und Attentate des „Islamischen Staates“ (IS) sind bislang auf den arabischen Raum begrenzt. Es mehren sich aber die Anzeichen, dass deren Erfolge und die Botschaft enthemmter Gewalt bei Islamisten in anderen Teilen der Welt auf Resonanz stoßen. Besonderes Augenmerk verdient Südasiens, wo rund eine halbe Milliarde Muslime leben – mehr als in den arabischen Staaten.

Die Bedingungen für den IS scheinen vor allem in Pakistan günstig, wo radikale Islamisten regelmäßig Terroranschläge verüben. So sprengte sich am 2. November 2014 am indisch-pakistanischen Grenzübergang Wagah ein Selbstmordattentäter in die Luft und riss über 50 Menschen in den Tod. Zu der Tat bekannte sich eine islamistische Splittergruppe, eine der immer zahlreicheren Abspaltungen der pakistanischen Taliban („Tehrik-i-Taliban Pakistan“). Mindestens 30 Gruppen sollen inzwischen um den wahren Kurs des Dschihad strei-

ten. „Dieser Angriff ist eine offene Botschaft an die Regierungen auf beiden Seiten der Grenze“, hieß es in dem Bekenner schreiben. „Wenn wir die eine Seite angreifen können, kann auch die andere Seite angegriffen werden.“ Diese anti-indische Rhetorik ist neu, richteten sich die Taliban-Attentate doch bislang vor allem gegen die pakistanischen Sicherheitskräfte. Neu ist auch, dass sich die Splittergruppe nach Medienberichten offen zur Unterstützung des IS bekannt hat.

Neid und Bewunderung

Der Anschlag an der Grenze ist eines, aber beileibe nicht das einzige Anzeichen, dass der Einfluss des IS nun auch in Pakistan spürbar ist. Mit einer Mischung aus Bewunderung und Neid beobachten Pakistans bedrängte Dschihadisten die Eroberungszüge des IS in Syrien und im Irak und das breite Medienecho, das die militärischen Erfolge und die öffentlichen Enthauptungen westlicher Geiseln auslösen.

Im September berichtete die Presse erstmals, dass in Pakistan IS-Propagandaschriften in den Landesprachen Urdu, Dari und Paschtu aufgetaucht seien. Mitte Oktober veröffentlichte eine Gruppe pakistanischer Taliban eine Art Treuegelöbnis für den IS: „Oh, unsere Brüder. Wir sind stolz auf Euch in Euren Siegen. Wir teilen Eure Glücksgefühle und Euer Leid. Alle Muslime in der Welt haben große Erwartungen an Euch. Wir werden Euch mit Mudschahedin und mit Unterstützung versorgen.“

Die Zersplitterung der pakistanischen Taliban, die unabhängig – und mit anderen Zielen – von ihren afghanischen Namensvettern agieren, ist auch ein Ausdruck der Krise, in der die Gruppierung steckt. Maßgeblich hat dazu die großangelegte Militäroffensive in Nordwasiristan beigetragen, bei der nach offiziellen Angaben über 1000 islamistische Kämpfer getötet wurden. Geschwächt wurden die Militanten aber auch durch die Tötung ihres langjährigen Anführers Hakimullah Mehsud bei einem amerikanischen Drohnenangriff am 1. November 2013. Nach einem heftigen Ringen um die Nachfolge setzte sich Mullah Fazlullah durch, der aber nicht wirklich das Vertrauen der Kämpfer genießt – denn er gehört nicht zum bei den pakistanischen Taliban tonangebenden Mehsud-Stamm.

Unterdessen ist in Medienberichten von einem „selektiven“ Vorgehen des Militärs die Rede. Demnach lasse Islamabad islamistische Kämpfer, deren Aktivitäten sich auf Afghanistan beschränken, unbehelligt – und stärke somit die afghanischen Taliban. Die aktuellen Militäroperationen konzentrieren sich auf die Extremis-

ten, die den pakistanischen Staat und dessen Einrichtungen im Visier haben. Schon ist in diesem Zusammenhang von „guten“ und „bösen“ Taliban die Rede.

Keine Hinweise gibt es derzeit auf eine massenhafte Abwanderung von Taliban-Kämpfern zu den Anwerbern des „Islamischen Staates“. Die erwähnte Splittergruppe, die dem IS die Treue schwor, wurde demonstrativ ausgeschlossen. Kenner der Extremistengruppierungen erklären die Ablehnung gegenüber dem IS mit der anhaltenden Autorität des Taliban-Anführers Mullah Omar, der zwar untergetaucht ist, aber unverändert Macht ausübt. Als „Amir al-Muminin“ (Anführer der Gläubigen) habe Mullah Omar den Status eines Quasi-Kalifen. Ein Treuebekenntnis für den arabischen IS-Konkurrenten, Abu Bakr al-Bagdadi käme einer Desavouierung gleich und sei daher nicht angezeigt.

Die Autorität des Taliban-Anführers Mullah Omar ist nicht verblichen

Einfallstor für IS-Propaganda

Dennoch: Die interne Zerstrittenheit bildet ein Einfallstor für die IS-Propaganda aus Arabien. Eine neue, jüngere, radikalere und häufig besser ausgebildete Islamistengeneration fühlt sich von den militärischen Führern im Stich gelassen. Diese verhielten sich, so der Vorwurf, zu kompromissbereit gegenüber Staat und Militär. Sie fühlen sich angezogen von der Radikalität des IS und nicht zuletzt auch durch das bedingungslose Vorgehen gegen Schiiten und andere „Andersgläubige“.

Gleichzeitig gibt es Stimmen, die die Berichte über die Gefahr einer

Spielt Islamabad die IS-Karte, um sich US-Militärhilfe zu sichern?

neuartigen IS-Front in Pakistan als übertrieben abtun, gar für eine Machenschaft der pakistanischen Regierung halten mit dem Ziel, auch weiter milliardenschwere Militärhilfe von den USA zu erhalten: „Erst war es die sowjetische Bedrohung, dann war es die Al-Kaida-Karte. Pakistan zieht nun eine weitere – die IS-Karte“, schrieb die in Neu Delhi erscheinende *Times of India* anlässlich des Besuchs des pakistanischen Armeechefs Rahel Sharif in Washington. Bei diesem Besuch ging es auch um neue Waffenlieferungen für Islamabad.

Terroristische Stellvertreterkriege

Informationen über islamistische Terrornetzwerke in Pakistan werden im Nachbarland Indien mit großer Aufmerksamkeit und Sorge verfolgt – und das nicht erst seit dem verheerenden Terroranschlag auf Mumbai im Jahre 2008, dessen Drahtzieher in Pakistan saßen. Geradezu reflexartig stellen viele Menschen (und die Medien) in Indien beim Terrorthema die Verbindung zum „Erzfeind“ Pakistan her, dem sie nicht ohne Grund unterstellen, grenzübergreifende politisch motivierte Gewalt nicht aktiv zu unterbinden. „Pakistan hat die Kraft verloren, einen konventionellen Krieg zu führen, aber betreibt weiterhin einen Stellvertreterkrieg des Terrorismus“, behauptete Indiens Ministerpräsident Narendra Modi anlässlich seines Besuchs im nordindischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir im August.

Kaschmir ist seit jeher ein Brennpunkt – und ein Barometer für die Beziehungen zwischen Indien und

Pakistan. Es gibt keine Anzeichen, dass die Provinz zur Ruhe kommt. Bei einer Serie von Anschlägen kamen Anfang Dezember erneut zahlreiche indische Soldaten und Zivilisten ums Leben. Es seien die schwersten Angriffe seit mehreren Jahren, so die indische Presse. Die Schuldzuweisungen an die Adresse Pakistans ließen nicht lange auf sich warten. Und in dem inzwischen sattsam bekannten Ritual wies die Regierung in Islamabad die Anschuldigungen postwendend zurück. Derweil verurteilte die US-Regierung die Angriffe in Kaschmir und erklärte, die USA werden in enger Partnerschaft mit Indien zusammenarbeiten, um den Terrorismus in allen Formen zu besiegen. Pakistan wurde in der Verlautbarung Washingtons nicht erwähnt.

In Neu-Delhi betrachtet man die Gruppe Laschkar e-Taiba (LeT) als wichtigste und gefährlichste Terrororganisation. Sie wird von Pakistan aus gesteuert und gilt als die Drahtzieherin zahlreicher Attacken, darunter auch des Terrorangriffs auf die Wirtschaftsmetropole Mumbai, bei der am 26. November 2008 164 Menschen getötet wurden. Das Attentat von Mumbai ist für viele auf dem Subkontinent der „9/11“ Indiens.

Es gebe keine Hinweise auf eine Kooperation von Al-Kaida und LeT, schrieb der indische Think-Tank Observer Research Foundation (ORF) in einer aktuellen Studie zum sechsten Jahrestag des Angriffs auf Mumbai. Darin wird LeT nicht nur angesichts von „500 000 Kadern“ als „die größte terroristische Gruppe der Welt“ bezeichnet. In einer abschließenden Wertung heißt es: „Für Indien ist LeT wegen seiner großen Ressourcen und

Bild nur in Printausgabe verfügbar

der starken Patronage des (pakistani- schen) Staates eine viel größere Bedro- hung als Al-Kaida auf dem indischen Subkontinent oder der IS.“

Arbeitslose Dschihadisten?

Hinzu kommt, dass sich mit dem Abzug der NATO-Truppen aus Af- ghanistan zum Jahreswechsel nach Meinung vieler Beobachter für Süd- asien eine neue sicherheitspolitische Lage ergibt. Der Rückzug, so befürcht- et man in Neu-Delhi, werde zu einem politischen Vakuum und zu einer Re- orientierung der Aktivitäten der isla- mistischen Terrorgruppen führen. „Der NATO-Rückzug aus Afghanistan macht eine Generation von afghani- schen und pakistanischen Dschihadis- ten arbeitslos, und viele dieser Kämp- fer werden ihre Aufmerksamkeit auf Indien richten“, so Saroj Kumar Rath von der Universität Delhi.

Indien scheint aber nicht nur die Aufmerksamkeit neuer Gruppierun- gen von Dschihadisten auf sich zu

ziehen. Auch Islamabad beobachtet die Afghanistan-Politik des mächtigen Nachbarn sehr genau. Denn Pakistans eigene Afghanistan-Politik ist gewis- sermaßen eine Funktion seiner Indi- en-Politik – man kann allerdings auch meinen: der Indien-Phobie des pakis- tanischen Militärs. Dessen Handeln ist geleitet von der Furcht, im Falle eines erneuten Konflikts mit Indien in einen Zweifrontenkrieg zu geraten. In diesem geostrategischen Umfeld gilt Afghanistan als Hinterhof Pakistans, den es mit allen Mitteln zu kontrollie- ren bzw. – im zweitbesten Fall – zu neutralisieren gilt.

Dieses Kalkül erklärt Islamabads fortlaufende Interventionen in afgha- nische Angelegenheiten und auch die Unterstützung der afghanischen Tali- ban. Ein Dorn im Auge der pakistani- schen Machthaber sind dabei die zu- letzt erfolgreichen Bemühungen Ka- buls und Neu-Delhis um eine Vertief- ung ihrer bilateralen Beziehungen, die in einem 2011 geschlossenen

„strategischen Partnerschaftsabkommen“ einen vorläufigen Höhepunkt erreichten. Wiederholt hat die Regierung in Kabul Pakistan für terroristische Anschläge auf indische Einrichtungen in Afghanistan verantwortlich gemacht.

Der neue afghanische Präsident Ashraf Ghani bemühte sich jüngst demonstrativ, die turbulenten Beziehungen zu Pakistan in ruhigeres Fahr-

wasser zu führen.

Vom IS in Mossul verschleppte Bauarbeiter lassen Modi zögern

Kurz nach seinem Amtsantritt besuchte er Islamabad, wo er nicht nur Ministerpräsi-

dent Nawaz Sharif traf, sondern auch Armeechef Rahel Sharif aufsuchte, um mit diesem über Sicherheitsfragen zu sprechen – ein ungewöhnlicher Schritt. US-Botschafter Richard Olson kommentierte diese Treffen optimistisch als „eine neue Grundlage für die Beziehungen zwischen Afghanistan und Pakistan“.

In Afghanistan war davon allerdings wenig zu spüren: Eine Serie von Terroranschlägen erschütterte das Land, von einer „beispiellosen Winteroffensive“ der Taliban war die Rede. Die Drahtzieher sieht man in Kabul weiterhin in Pakistan: „Meine Erfahrung sagt mir, dass unsichtbare Hände innerhalb der Sicherheitskräfte unseres Nachbarn bei der Planung Pate stehen“, erklärte Amrullah Saleh, der ehemalige Chef des afghanischen Nationalen Geheimdiensts NDS.

Indien im Fadenkreuz

Doch geht die terroristische Bedrohung Indiens nun nicht mehr nur von Pakistan aus? Die erste direkte Berührung mit dem „Islamischen Staat“ er-

lebten Inder allerdings nicht im eigenen Land, sondern im Irak. Im Sommer fielen zunächst indische Krankenschwestern, danach Bauarbeiter in die Hände der vorrückenden IS-Milizen. Nur wenig später wurden die Krankenschwestern freigelassen und nach Indien ausgeflogen. Von den 39 Bauarbeitern, die im irakischen Mossul verschleppt worden sind, fehlt aber weiter jede Spur.

Die Gefangenschaft der Bauarbeiter hat politische Konsequenzen: Bei seinen Gesprächen mit US-Präsident Barack Obama in Washington unterstützte der indische Ministerpräsident Narendra Modi zwar im Prinzip den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und islamistische Gewalt. Doch an der von Amerika geleiteten Koalition gegen den IS wird Indien nicht teilnehmen. Die indische Presse erklärte diese Zurückhaltung auch mit der Sorge um das Leben der gefangenen Arbeiter.

Dass Indien mit seinen rund 180 Millionen Muslimen in den Plänen des IS eine Rolle spielt, betonte kein geringerer als Abu Bakr al-Bagdadi, in einer (vermutlich echten) Videoaufnahme einer Predigt in der Al-Nuri-Moschee in Mossul vom Juli 2014 – kurz nachdem er sich zum „Kalifen“ hatte ausrufen lassen. Gleich drei Mal nannte der Milizenchef das südasiatische Riesenland: Indien, so Bagdadi, gehöre zu jenen Ländern, in denen die Rechte der Muslime verletzt würden; namentlich in Kaschmir würden Grausamkeiten an den Muslimen verübt; schließlich zähle der indische Subkontinent zum Territorium des Kalifats.

Über die Zahl der Inder, die sich dem IS angeschlossen haben, gibt es

unterschiedliche Angaben – in Medienberichten reichen diese von einer einstelligen Ziffer bis zu 80 potenziellen Dschihadisten. Angesichts der vielen Millionen Inder muslimischen Glaubens ist dies eine winzige Zahl.

Auch sonst gibt es wenige greifbare Hinweise auf IS-Rekrutierungserfolge in dem riesigen Land. Die in Indien bekannt gewordenen und auch öffentlich gezeigten Solidarisierungen mit IS-Parolen können an einer Hand abgezählt werden. Konkret wird über eine Verhaftung eines muslimischen Geistlichen im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu berichtet, nachdem in sozialen Medien Bilder von Jugendlichen gepostet wurden, die T-Shirts mit IS-Insignien trugen. Es sind vor allem soziale Medien wie Facebook und Twitter, die den indischen Behörden in diesem Kontext Sorgen bereiten. Indiens Geheimdienste beobachten zudem mit höchster Aufmerksamkeit das Wirken von arabisch-wahabistischen Predigern, die, so die Befürchtung, auf eine Radikalisierung an den rund 7000 registrierten Madrassas des Landes abzielen könnten.

Neue Al-Kaida-Zweigstelle

Aufsehen erregte Al-Kaida-Chef Ayman al-Zawahri Anfang September, als er in einer knapp einstündigen Videobotschaft die Gründung einer neuen Zweigstelle seines Terrornetzwerks namens „Al-Kaida in Südasien“ bekannt gab. Die neue Unterorganisation würde fortan gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung in „Birma, Bangladesch, Assam, Gujarat, Ahmedabad und Kaschmir“ kämpfen. Auffällig an der in Hocharabisch verlesenen Botschaft ist die wiederholt bekundete Loyalität zum afghani-

schen Taliban-Anführer Mullah Omar. Politische Beobachter haben diese Hinweise als Anbiederungsversuch interpretiert, als gehe es dem Al-Kaida-Chef darum, eine Abwanderung der Taliban-Verbündeten ins IS-Lager zu verhindern.

Viele Kommentatoren vertreten die Meinung, es handle sich bei der Ankündigung der Gründung des neuen regionalen Verbands um einen letztlich wohl aussichtslosen Versuch Al-Kaidas, im Konkurrenzkampf mit dem erstarkenden IS im Geschäft zu bleiben. „IS hat in nur drei Monaten in Indien mehr Aufsehen erregt als Al-Kaida in den 26 Jahren seit seiner Gründung durch Osama Bin Laden in Pakistan“, schrieb Sadanand Dhume in einem Kommentar des *Wall Street Journal* und brachte damit die Mehrheitsmeinung der Experten auf den Punkt.

Die großen Verbände der indischen Muslime haben sich einmütig gegen die Erklärung Al-Kaidas gewandt. „Muslime in Indien glauben an die Verfassung. Diese garantiert die Religionsfreiheit. Wir brauchen Al-Kaida nicht“, sagte Maulana Mehmoud Daryabi, der Generalsekretär des All India Ulema Council.

IS erregte in nur drei Monaten mehr Aufsehen als Al-Kaida in 26 Jahren



Dr. Ronald Meinardus leitet das Regionalbüro Südasien der Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit mit Sitz in Neu-Delhi.